Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Druck und Verlag: Auer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 2[illegible].

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 2.70 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 6.30 Mk., monatlich 2.10 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 6.90 Mk., monatlich 2.30 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 100 Pfg., sonst 100 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Inserate im Rahmen vom Gesetze nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 35 — Donnerstag, den 12. Februar 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Wegen der im Friedensvertrag vorgesehenen Kohlenlieferungen hat der französische Ministerpräsident, obwohl nur der Wiedergutmachungsausschuß zuständig ist, eine Drohnote an Deutschland gerichtet. (S. Tel.)

•

Die von der Entente überreichte authentische Auslieferungsliste wird nunmehr veröffentlicht.

•

Nach dem amtlichen Ergebnis der Volksabstimmung in der ersten Zone von Nordschleswig wurden abgegeben 25 223 Stimmen für Deutschland und 74 887 Stimmen für Dänemark.

•

Der preußische Ministerpräsident hat in Besprechungen mit Handelsfirmen in Düsseldorf den Plan einer rheinisch-westfälischen Industrieprovinz abgelehnt.

•

Hoover wird seine Kandidatur für die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten niederlegen.

Wie sieht die Gegenliste aus?

Wie von zuständiger amtlicher Stelle mitgeteilt wird, ist die Liste der von der deutschen Regierung wegen völkerrechtswidriger und unmenschlicher Handlungen beschuldigten Angehörigen der Ententemächte bereits fertiggestellt und gedruckt. Ihre Veröffentlichung ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Ueber die Gegenliste, die Deutschland gegen das Auslieferungsbegehren der Entente ausspielen soll, ist ein heftiger Meinungsstreit entbrannt. Die einen verlangen, daß das deutsche Dokument in Form und Ton genau so ausgearbeitet werden soll wie das von Herrn De Marcilly überreichte, die anderen erklären das für Unsinn, für eine leichtsinnige Spielerei, die dem Ernst der Stunde und der traurigen Lage Deutschlands widerspreche. Die richtige Ansicht liegt zwischen den streitenden Parteien wieder einmal in der Mitte. Nicht Kopie, nicht Nachahmung in der Form soll die Gegner entwaffnen, sondern die natürliche Aehnlichkeit des vorgebrachten Materials. Welches Material steht der deutschen Regierung zu Gebote? Die Oeffentlichkeit hat eigentlich jetzt erst, im Sturm der Aufregung erfahren, daß an amtlicher Stelle schon seit einiger Zeit eine sehr reichhaltige Gegenliste von Ententeangehörigen vorliegt, die völkerrechtswidrige Verbrechen begangen haben und wofür schriftliche und protokollarische Belege vorgewiesen werden können. Offenbar ist diese Gegenliste nichts anderes als ein Namenskatalog des Materials, das schon während des Krieges von deutschen Behörden teils zu Propagandazwecken, teils für alle Fälle, also in einer gewissen Ahnung dessen, was wir heute erleben, zusammengetragen wurde. Bekanntlich hat die Militäruntersuchungsstelle für Verletzungen des Kriegsrechts im Sommer 1919 eine Denkschrift ausgearbeitet über die Verstöße der französischen Kriegführung gegen die Genfer Konvention. In zwei dicken Bänden wurde das Beweismaterial zusammengetragen, 513 Nummern, die jeden Leser schaudern machen müssen. Die Denkschrift beschäftigte sich aber fast durchweg nur mit den Grausamkeiten, die an deutschen Sanitätssoldaten verübt wurden. Das allgemeine Schuldkapitel der Gegner mußte durch anderweitige Forschung ergänzt werden. Das ist dann in der Waffenstillstandszeit zum Teil durch die Kommission zur Untersuchung von Anklagen wegen völkerrechtswidriger Behandlung feindlicher Kriegsgefangener geschehen. Dabei hat sich nämlich soviel herausgestellt, was nicht Deutschland, sondern gerade umgekehrt die ewig hetzenden Gegner belastet, daß objektive Beurteiler nicht aus dem Staunen herauskommen werden, wenn man ihnen das deutsche Gegenmaterial vorlegt. Nur im Ausschnitt: Dem ehemaligen deutschen Kronprinzen soll der Prozeß gemacht werden wegen seiner angeblichen Befehle, keine Gefangenen beim Feinde zu machen, also alles zu töten. Nun, die zurückgekehrten deutschen Kriegsgefangenen wissen ein Lied davon zu singen, wie nicht nur die Franzosen, sondern auch die Engländer, die die völkerrechtliche Korrektheit gepachtet zu haben vorgaben, auf den Schlachtfeldern über die Wehrlosen und Verwundeten herfielen.

Beispiele: Der im Februar 1918 an der Lys gefangengenommene Gefreite Wilhelm Steppe war Zeuge, wie ein australischer Offizier seine mit ihm in Gefangenschaft geratenen Kameraden mit einem Revolver niederschoß, obwohl sie um Pardon baten. Der im September 1917 vor Ypern schwerverwundete Musketier Albrecht Stöcken verdankt seine Rettung nur dem Umstand, daß er sich tot stellte, denn die Engländer zogen mit Trupps von 3 bis 5 Mann über das Schlachtfeld und töteten alle Verwundeten, die dort lagen. Leute, die die Hände hoch hielten und um ihr Leben baten, wurden von den Engländern ohne Gnade durch Gewehrschüsse und Bajonettstiche umgebracht. Eine große Anzahl seiner verwundeten Kameraden wurden niedergemetzelt, nachdem der eigentliche Kampf längst vorbei war. Daß derartige unmenschliche Verbrechen englischer Truppen gegen das Völkerrecht obendrein noch auf höheren Befehl ausgeführt wurden, ist verschiedentlich von englischer Seite offen zugegeben. So erklärte ein englischer Offizier dem Sanitätssergeanten Eller nach der Gefangennahme, er soll froh sein, daß er ohne körperlichen Schaden in Gefangenschaft geraten sei, es bestehe Befehl, keine Gefangenen zu machen, sondern alle Deutschen zu töten. Alle diese Aussagen sind eidlich erhärtet. Die Protokolle können abgeschrieben und der Gegenliste beigefügt werden. Die deutsche Liste wird nicht so leichtsinnig in der Nennung von Namen und nicht so komödiantisch in der Vorschiebung fürstlicher Persönlichkeiten verfahren, dafür aber hoffentlich schlicht, ehrlich und ihrer Sache sicher sein. Nur dann ist eine heilsame Wirkung zu erwarten!

•

Neue Ergänzungsliste für das Elsaß.

Die Baseler Blätter melden aus Straßburg, daß die elsässische Landesregierung gleichfalls die Strafverfolgung der deutschen Kriegsverbrechen im Elsaß verlange. Die Neue Straßb. Ztg. schreibt, daß eine Ergänzungsnote für das Elsaß durch die Alliierten noch in diesem Monat an Deutschland abgehe.

Der Reichspräsident gegen die Auslieferung.

Zu der Auslieferungsfrage gehen dem Reichspräsidenten fortdauernd aus allen Kreisen und Schichten des Volkes Zuschriften zu, die von der tiefgehenden Erregung über das Auslieferungsverlangen der Gegner und von der Genugtuung über die ruhige, standhafte Haltung der Regierung Zeugnis ablegen. Der Reichspräsident dankt für diese Kundgebungen des Vertrauens. Er ist mit der gesamten Reichsregierung der Ansicht, daß die Forderung des Verbandes unerfüllbar ist, und versichert allen Einsendern, daß er und die Regierung alles daran zu setzen gewillt sind, um Deutschland diese schwerste aller Forderungen zu ersparen. Unsere Aufgabe muß es sein, den Verband im Sinne unserer Vorschläge vom 25. Januar von der Unmöglichkeit der geforderten Auslieferung zu überzeugen zu suchen.

Erzberger über die Auslieferung.

Reichsminister Erzberger hat einem Vertreter der Chicago Tribune gegenüber nochmals die Unmöglichkeit der Ausführung des Auslieferungsverlangens der Entente auseinandergesetzt. Die Auslieferungsforderung wäre bei der Haltung der deutschen Bevölkerung für keine Regierung, wie sie auch zusammengesetzt sei, durchführbar. Der Minister führte dann u. a. noch aus: Wir haben uns bereit erklärt, Personen, denen wirkliche Kriegsverbrechen nachgewiesen werden können, vor einem Gerichtshof zur Verantwortung zu ziehen und haben der Entente dabei die Möglichkeit gegeben, sich von der vollkommenen Objektivität der Behandlung der Angelegenheit zu überzeugen. Wenn die Entente sich darauf nicht einlassen wollte, so muß dies den Anschein erwecken, als ob es überhaupt nicht so sehr um ein objektives Urteil in der Schuldfrage, sondern vielmehr um eine Befriedigung maßloser Rachegefühle zu tun sei. Das Verlangen der Entente richtet sich gegen alles hergebrachte Recht. Es ist keine Gegenseitigkeit, keine objektive Schuldfestsetzung garantiert. Das aber widerspricht dem Rechtsempfinden und dem Rechtsbewußtsein aller zivilisierten Nationen. Im übrigen zeigt auch schon die Aufstellung der Liste, von welchem Geiste sie getragen ist.

Eine drohende Gefahr für Polen.

So nennt die in Kattowitz erscheinende Gazeta Ludowa die Bereitwilligkeit der abstimmungsberechtigten Oberschlesier aus dem Reiche, ihre Stimme am Abstimmungstage im Geburtsorte der alten Heimat für Deutschland abzugeben. Kurz bevor die Franzosen in dieses seit 700 Jahren deutsche Land einrückten, wurde noch einmal die Brücke aus dem Reiche so herzbegeisternd geschlagen, daß mancher Mutlose seitdem den Kopf wieder höher trägt. Aus Hunderten von Telegrammen in den oberschlesischen Zeitungen sprach immer wieder der feste Wille und die ernste Mahnung: Wir aus Niederschlesien, aus Sachsen, wir aus Pommern, Ost- und Westpreußen, wir aus dem Hannoverlande und besonders wir nach Zehntausenden zählenden Reserven aus Rheinland-Westfalen, wir bitten euch, Landsleute, so heimattreu in den kommenden schweren Tagen auszuharren, wie wir es tun. Das Echo auf diese Kundgebung aus der von Posener und Krakauer Redakteuren geleiteten Großpolenpresse zeigte die Wut und Enttäuschung über diesen Notausgang aus dem Labyrinth des Versailler Vertrages. Dunkle Individuen erfrechte sich die Oppelner Rovinby die Unterzeichner dieser Aufrufe zu nennen. Der Weiße Adler gar, das auf den Krücken deutscher Sprache im polnischen Oberschlesien einherhumpelnde nationalistische Wochenblatt sprach in ein und derselben Nummer von Zufallsoberschlesiern, Kindern deutscher Beamter, ohne im Zorn den Widerspruch zu bemerken, von ungetreuen Oberschlesiern, germanisierten Oberschlesiern. Daß im Übrigen die gesamte Polenpresse krassen, materiellen Eigennutz den heimattreuen Oberschlesiern in der Fremde als einzigen Beweggrund unterschiebt, wird die Abstimmungsberechtigten nur umsomehr in ihrer Absicht stärken. Ausdrücke wie Zigeunerkinder, zufällig auf dem Wagen in Oberschlesien geboren, nehmen sich im Munde landfremder Nationalpolen besonders eigenartig aus. In der klaren Erkenntnis, daß das Abstimmungsgewicht der Heimattreuen aus dem Reiche mit Sicherheit die Wagschale zur deutschen Seite ziehen wird, versuchten einige polnische Zeitungen die lächerliche Ausdeutung des Versailler Vertrages, daß lediglich von den Deutschen ausgewiesene politische Verbrecher von auswärts abstimmungsberechtigt seien!! Daß der klare Wortlaut des Vertrages ausdrücklich das Abstimmungsrecht aller gebürtigen Oberschlesier bestätigt, stört diese Schriftgelehrten nicht. Die Entente wird sich um der schönen polnischen Augen willen nicht zur Umstoßung des beiderseitig ratifizierten Vertrages bereitfinden. Darum heißt es doppelt eifrig weiterarbeiten an der Mobilmachung der Abstimmungsreserven. Ein Drittel aller Berechtigten hat sich bereits in den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier (Hauptgeschäftsstelle Breslau) zusammengefunden. Noch liegt die Abstimmung im Weiten, niemand darf es in den kommenden Monaten versäumen, sich einem Ortsvereine der Oberschlesier anzuschließen, um hierdurch für den Abstimmungstag freie Fahrt und Verpflegung zu bekommen. Ohne Oberschlesien mit seinen reichen Schätzen an Kohle und Erz muß Deutschland wirtschaftlich zugrunde gehen. Polen hat seinerseits ebenfalls die letzte Hoffnung auf Rettung aus dem Chaos auf den Erwerb Oberschlesiens gesetzt. Jeder Oberschlesier im Reich hat es in der Hand, diese drohende Gefahr für Deutschland zu einer drohenden Gefahr für Polen zu machen.

Kleine politische Meldungen.

Kein Rücktritt des Reichswirtschaftsministers. Die Mitteilung, der Reichswirtschaftsminister beabsichtige seinen Rücktritt, weil er in der Auslieferungsfrage einen anderen Standpunkt einnehme als die Kollegen im Kabinett, ist nicht richtig. Weder nimmt er einen abweichenden Standpunkt in der Auslieferungsfrage ein, noch gedenkt er zurückzutreten.

Die Ausdehnung der Besetzungszeit für das Rheinland beschlossen. In der Sitzung der Botschafterkonferenz am Dienstag wurde auf Antrag Frankreichs beschlossen, die Besetzung der Rheinlande, die dem Friedensvertrag gemäß 15 Jahre andauern soll, auf unbestimmte Zeit auszudehnen, weil Deutschland seinen Kohlenlieferungspflichten gegenüber Frankreich nicht nachgekommen sei. Auf der Botschafterkonferenz wurde die Auffassung ausgesprochen, daß man, falls Deutschland in der Auslieferungsfrage den Versailler Vertrag nicht erfüllen wolle, zu militärischen Zwangsmaßnahmen greifen müsse.

Abstimmung in der zweiten Zone am 14. März? Die Dänen scheinen nun doch mit ihrem Wunsch durchdringen zu sollen, daß die Abstimmung in der zweiten Zone auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werde. Wie seinerzeit mitgeteilt, war die Wahl der Kommission gegen heftigen dänischen Widerstand auf den 7. März gefallen. Nun hat die Internationale Kommission die Frage nochmals erörtert. Sie ist zwar noch nicht zu einem Beschluß gekommen, doch scheint es, daß man sich auf den 14. März einigen wird.

Abschwenkung ins polnische Lager. Nachdem die oberschlesischen Gewerkschaften im vergangenen Jahre aus dem Verbande der christlichen Gewerkschaften ausgeschieden und einige Monate allein für sich geblieben waren, sind sie jetzt zur polnischen Vereinigung abgeschwenkt. Der darüber gefaßte Beschluß besagt u. a.: Aus der Erwägung heraus, daß Oberschlesien vielleicht nicht bei Deutschland bleibt, und daß ferner die oberschlesischen Gewerkschaften nur durch Zusammenschluß in eine große zentrale Landesorganisation in einem künftigen polnischen Reich Einfluß gewinnen können, erklären die christlichen Mitglieder die Verschmelzung mit der polnischen Berufsvereinigung unter Anerkennung aller bisherigen erworbenen Rechte der Mitglieder.

Der englische Oberkommissar in Danzig. Gestern vormittag traf der Vertreter der verbündeten Regierungen in Danzig, Reginald Tower, von Paris kommend, dort ein. Oberbürgermeister Sahm hieß ihn namens der Stadt Danzig willkommen. Der Oberkommissar antwortete in deutscher Sprache und hob hervor, daß sein Amt nur dann den gewünschten Erfolg haben könne, wenn er auf die wohlwollende Unterstützung eines jeden Bürgers hoffen könne. Es unterliege keinem Zweifel, daß, solange das Volk in gemeinsamer Arbeit seine ganze Energie und Tatkraft allein dem friedlichen Ziele seiner wirtschaftlichen Entwicklung widme, die Zukunft einen neuen, glorreichen Zeitabschnitt in der Geschichte Danzigs eröffnen werde.

Die Wuchergerichte unzulässig. Das Wuchergericht des Landgerichts II in Berlin befaßte sich jüngst bei seiner ersten Tagung auf Antrag des Verteidigers eines Angeklagten mit der Frage der Gültigkeit der Wucherverordnung. Auf die Ausführungen des Verteidigers beschloß das Gericht sich zu vertagen und seine Entscheidung in acht Tagen zu verkünden. Das Wuchergericht hat sich dahin entschieden, daß der Artikel 1 der Wucherverordnung, der sich mit der prozessualen Regelung des Wucherverfahrens beschäftigt, rechtsgültig ist.

Planmäßiger Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß die Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich sich andauernd in planmäßiger Weise vollzieht. In den ersten drei Wochen seit Beginn des Abtransportes, also in der Zeit vom 20. Januar bis zum 9. Februar, sind rund 125 000 Mannschaften und über 1900 Offiziere in den Durchgangslagern eingetroffen.

Kein Widerstand gegen die Ernennung des Herrn v. Lucius in Rom? Von unterrichteter Seite werden alle Nachrichten, daß Freiherr von Lucius in Rom als deutscher Geschäftsträger unerwünscht sei, dementiert. Gegen Lucius liege durchaus nichts vor. An eine Ablehnung, die in der deutschen Presse ventiliert wurde, habe in Rom niemand gedacht.

SLUB
Wir führen Wissen.